

Niederschrift
über die 57. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 22.04.2020

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:09 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Brinkmann Stellv. Vorsitzende

SPD

Frau Weißenfeld Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hennke

Bielefelder Mitte

Herr Gehre

Die Linke

Herr Goertz

Beratende Mitglieder

Frau Eberlein

Herr Epp

Herr Nürnberger

Frau Purucker

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Schütz

Herr Rotter

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger

Dezernat 5

Herr Epp

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Frau Busch-Viet

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Frau Aron

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Herr Leesemann

Stab Dezernat 5

Nicht anwesend:

Herr Wandersleb

Herr Pieplau

Herr Langeworth

Herr Grün

Frau Puffer

Herr Varnholt

Frau Hopster

Frau Wollenberg

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Weißenfeld begrüßt die anwesenden Damen und Herren zu dieser, aufgrund der Corona Pandemie, sehr außergewöhnlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und macht auf die Stimmrechtsübergabe der aktuell nicht anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses aufmerksam.

Somit habe Frau Brinkmann von der CDU die Stimmrechte ihrer Fraktionsmitglieder, sie selbst die Stimmrechte der Mitglieder der SPD, Herr Rotter die Stimmen für die Wohlfahrtsverbände sowie Herr Schütz für die Jugendverbände. Frau Henke, Herr Gehre und Herr Goertz seien persönlich anwesend.

Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist.

Weiterhin schlägt sie vor, TOP 4 von der Tagesordnung zu nehmen, um dem bei den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses bestehendem Beratungsbedarf in der Sitzung im Mai 2020 nachkommen zu können. Zudem habe die CDU einen Antrag auf Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Nutzung der sozialen Angebote in Bielefeld gestellt, der zusammen mit der Vorlage zu TOP 4 in der nächsten Sitzung beraten werden könne.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen dem zu und fassen folgenden

Beschluss:

TOP 4 – Strategie für ein zielgruppenspezifisches Streetwork – wird abgesetzt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1 Mitteilungen

Zu Punkt 1.1 „Freiwillige“ Trägeranteilssubventionierung im Bereich der Kindertageseinrichtungen

Frau Weißenfeld verweist auf die Mitteilung zur Trägeranteilssubventionierung. Die Mitteilung ist Anlage zu diesem Protokoll.

Herr Nürnberger führt ergänzend aus, dass derzeit an der Verständigung mit den Trägern gearbeitet werde. Man sei aufeinander zugegangen und strebe im Mai 2020 eine Einigung an.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen Kenntnis.

Zu Punkt 1.2 **Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 31.03.2020**

Frau Weißenfeld verweist auf die Mitteilung zum Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 31.03.2020. Die Mitteilung ist Anlage zu diesem Protokoll.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Strategie für ein zielgruppenspezifisches Streetwork**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10357/2014-2020

Der TOP wurde abgesetzt.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Stadtteilmütter (Sennestadt, Baumheide, Jöllenberg)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10354/2014-2020

Frau Weißenfeld verweist auf die Mitteilung des Dezernates 5 zu den in der Sitzung des JHA am 11.03.2020 formuliert Fragen. Die Mitteilung ist Anlage zu diesem Protokoll.

Ohne weitere Aussprache treffen die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses folgenden

Beschluss:

- 1. Das Projekt „Stadtteilmütter“ wird auf die Quartiere Baumheide, Jöllenberg und Sennestadt entsprechend dieser Vorlage ausgeweitet. Die Finanzierung der Kosten für die Zeit vom 01.08.2020 bis 31.07.2023 von voraussichtlich 300.000 € erfolgt aus den Mit-**

- teln des Integrationsbudgets (Schwerpunktbereich "Zusammenleben im Quartier").
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Ende 2021 einen Zwischenbericht zu diesen neuen Stadtteilmütter-Projekten zu geben.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Fortsetzung Stadtteilkoordination ab Mitte 2020

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10353/2014-2020

Ohne weitere Aussprache fassen die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses folgenden

Beschluss:

1. Die Stadtteilkoordination Mitte-Nord wird für weitere drei Jahre ab 01.07.2020 entsprechend dieser Vorlage fortgeführt. Die Finanzierung der voraussichtlichen Kosten in Höhe von 99.000 € erfolgt aus Mitteln des Integrationsbudgets.
2. Die Stadtteilkoordinationen Baumheide und Sennestadt werden aufgrund vorrangiger INSEK-Mittel vorerst nicht fortgesetzt. Die Verwaltung berichtet Ende 2020 über die Erfahrungen mit den neuen INSEK-Projekten, inwieweit die Aufgaben der Stadtteilkoordination übernommen wurden. Bis dahin bleiben die verbleibenden, für die Stadtteilkoordination vorgesehenen Mittel des Integrationsbudgets dafür reserviert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.1

Fortsetzung Stadtteilkoordination ab Mitte 2020

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10353/2014-2020/1

Frau Weißenfeld verweist auf die Nachtragsvorlage der Verwaltung, mit der eine Korrektur in der Tabelle auf Seite 3 vorgenommen worden sei.

Ohne weitere Aussprache fassen die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses folgenden

Beschluss:

1. Die Stadtteilkoordination Mitte-Nord wird für weitere drei Jahre ab 01.07.2020 entsprechend dieser Vorlage fortgeführt. Die Finanzierung der voraussichtlichen Kosten in Höhe von 99.000 €

- erfolgt aus Mitteln des Integrationsbudgets.
2. Die Stadtteilkoordinationen Baumheide und Sennestadt werden aufgrund vorrangiger INSEK-Mittel vorerst nicht fortgesetzt. Die Verwaltung berichtet Ende 2020 über die Erfahrungen mit den neuen INSEK-Projekten, inwieweit die Aufgaben der Stadtteilkoordination übernommen wurden. Bis dahin bleiben die verbleibenden, für die Stadtteilkoordination vorgesehenen Mittel des Integrationsbudgets dafür reserviert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Verstärkung der Regelangebote der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Begegnungszentren

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10339/2014-2020

Ohne weitere Aussprache fassen die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses folgenden

Beschluss:

1. Die bis Mitte 2020 befristete Förderung der Verstärkung der Regelangebote der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Begegnungszentren wird an sieben Standorten mit einem Gesamtvolumen von 4,5 Fachkraftstellen bis 31.12.2022 verlängert. Die träger- und standortscharfe Zuordnung ergibt sich aus der Anlage, die Bestandteil dieser Vorlage ist.
2. Für eine Vollzeitkraftstelle wird ein Betrag von 60.000 €/Jahr zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag umfasst Personal- und Sachkosten des eingesetzten Personals.
3. Die Mittel zur Finanzierung des sich ergebenden Gesamtbetrags von ca. 675.000 € sind aus dem dafür bereitstehenden Integrationsbudget zu nehmen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Prüfungs- und Planungsauftrag zur Jugendkulturarbeit in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10668/2014-2020

Ohne weitere Aussprache fassen die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses folgenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf an Jugendkulturarbeit sowie den diesbezüglichen Angebotsbestand zu ermitteln und in den zuständigen politischen Gremien darzustellen.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, im Rahmen eines umfassenden Planungsauftrags die Notwendigkeit eines neuen Angebotes in Form eines Jugendkulturhauses in Bielefeld zu prüfen. Ergibt sich ein entsprechender Bedarf, hat die Verwaltung die zu einer eventuellen Realisierung in Betracht kommenden Standorte und Räumlichkeiten aufzuzeigen, unter den relevanten Aspekten (Nutzbarkeit, Geeignetheit, Finanzmittelbedarf etc.) zu bewerten und den zuständigen politischen Gremien einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten.
3. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, regelmäßig in den zuständigen politischen Gremien über den Fortgang ihrer Arbeit zu berichten.

-einstimmig beschlossen-

-.--

Zu Punkt 9

PlusKITAs und andere Einrichtungen mit zusätzlichem Sprachförderbedarf

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10669/2014-2020

Frau Weißenfeld verweist auf die Vorlage und richtet an Herrn Epp die Frage ob und wie viele Kitas zukünftig aus einer Förderung fallen würden.

Herr Epp antwortet, dass 5 – 6 Kitas aus der Förderung als PlusKita fallen, weil die Zusammensetzung der Kinder und Familien sich in den letzten 6 Jahren verändert habe. Insgesamt würden aber deutlich mehr PlusKitas eine Förderung erhalten als bisher, da die zur Verfügung gestellten Mittel des Landes deutlich erhöht wurden. Zudem könnten künftig sogar 7-8 Kitas mit einem deutlich höheren Unterstützungsbedarf auch mit wesentlich höheren finanziellen Mitteln unterstützt werden.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses beschließen sodann die Vorlage der Verwaltung.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die in der Begründung dargestellten Auswahlkriterien für plusKITAs und andere Einrichtungen mit zusätzlichem Sprachförderbedarf.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Anerkennung der in der Anlage (die Bestandteil dieser Vorlage ist) genannten Kindertageseinrichtungen als plusKITA bzw. als Einrichtung mit besonderem Sprachförderbedarf.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den nach Ziff. 2. anerkannten Kindertageseinrichtungen die in der Anlage genannten Förderbeträge zu gewähren.

- 4. Die Anerkennung nach Ziff. 2. erfolgt für einen Zeitraum von fünf Jahren. Der Anerkennungszeitraum beginnt am 01.08.2020 (Beginn des Kita-Jahres 2020/2021) und endet am 31.07.2025 (Ende des Kita-Jahres 2024/2025).**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Regine Weißenfeld
Vorsitzende

Susan Steinborn
Schriftführerin